



Lage in Deutschland als ernst geschildert

Regierung erläßt ein Manifest, in welchem die Streiks gebrandmarkt werden; Vorwärts warnt das Scheidemann-Kabinett

Berlin am Vorabend eines politischen Streiks

Berlin, 3. März.—Die deutsche Regierung hat die Soviets zum Teil anerkannt. Die Arbeiter, unzufrieden mit halben Maßnahmen, bestehen auf vollständige politische Gleichberechtigung. Wird ihnen diese nicht gewährt, so drohen sie mit einer Generalrevolution innerhalb einer Woche, die stark genug sein wird, die gegenwärtige Regierung zu stürzen.

Der Soviet Groß-Berlins hat eine Resolution angenommen und dieselbe an die Nationalversammlung in Weimar geschickt, in welcher gegen die geplante Abschaffung der Arbeiter-Soldaträte protestiert wird.

Die Resolution verlangt von den Soviets des ganzen Landes für deren Bestand zu kämpfen; auch wird verlangt, daß am 16. März ein Sovietkongress einberufen wird.

Daß die politische Lage in Weimar und Berlin keineswegs günstig ist, geht aus Kommentaren der Zeitungen hervor. Der „Vorwärts“ warnt das Scheidemann-Kabinett und sagt, falls daselbe nicht instandsetzt, etwas Besseres, wie negative Resultate aufzuweisen, sich ohne weiteres von der Regierung zurückziehen und das politische Erbe als Legat der Bourgeoise Partei überlassen soll.

Regierung erläßt ein Manifest. Berlin, 3. März.—Die Regierung hat von Weimar aus ein Manifest erlassen, in welchem der Versuch der Terroristen, die Nationalversammlung zu sprengen, gebrandmarkt wird.

Ferner bekennt sich die Regierung in demselben nach wie vor zu den Prinzipien der Demokratie. „Größer wie die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage“, heißt es in der Ankündigung. Wir können uns bis zur nächsten Ernte nicht ernähren. Die Blockade zehrt die Lebenskraft unseres Volkes auf.

Über die Streiks heißt es in dem Manifest: „Jeder Streik bringt uns dem Abgrund näher; nur Arbeit vermag uns Hilfe zu bringen.“

Es wird in der Ankündigung versprochen, gewisse Industrien zu sozialisieren und Räte einzuführen, die die Interessen der Arbeiter wahren werden. Zum Schluß heißt es, daß die Regierung gegen den Terrorismus in erbarmungsloser Weise vorgehen wird, sagend: „Wer immer auch das Leben der Republik gefährdet, ist unser Feind.“

Deutsche Republik bedroht.

London, 3. März.—Mehrere aus Berlin hier eingetroffene Depeschen lassen erkennen, daß der Bestand der Ebert Regierung bedroht ist. Mitglieder der Regierung sind aus Weimar in Berlin eingetroffen, haben mit dem Arbeiter-Soldaterrat unterhandelt und ein Manifest erlassen. Alle Korrespondenten erklären, daß die Situation ernst ist. Infolge des gestrigen blühigen erklärten Streiks spüren die Zeitungen, mit Ausnahme der sozialistischen, am Erscheinens verhindert. Es ist noch ungewiß, ob dieser Streik der Vorläufer eines allgemeinen politischen Streiks ist, oder ob derselbe auf neue Forderungen der Arbeiter zurückzuführen ist. Der Staatsrat Groß-Berlins hat an die nicht-sozialistische Bevölkerung einen Appell erlassen, in welchem zu einem allgemeinen Streik aufgefordert wird, sollten die unabhängigen Sozialisten ihre Drohung, einen allgemeinen Streik zu inszenieren, ausführen. Der Stadtrat fordert das Volk auf, Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen. Das Ansehen des Stadtrats aber ist nicht sehr groß.

Andere der Spartakisten machen in den von dem Streik noch nicht betroffenen Distrikten Propaganda für denselben. Ein mit Spartakisten befehlter Erschießung versuchte, keine Konsequenz zu erzielen.

Deutschlands Lebensmittelverhältnisse.

London, 3. März.—Ein Korrespondent des Daily Telegraph, der seit dem Waffenstillstand Deutschland bereist hat, und die wirtschaftliche Lage eingehend studiert hat, meldet, daß das Deutsche Reich vor dem Kriege imlande war, 95 Prozent der Bevölkerung mittels seiner eigenen Hilfsquellen zu ernähren, heute können nur 45 Prozent aus eigener Kraft unterhalten werden.

Wichtige Dokumente geräht. Berlin, 3. März.—General Müller, der die zum Schutze der Nationalversammlung in Weimar stehenden Truppen kommandiert, wurde am Freitag in Erfurt von einem Mob angefallen und ihm eine Leiche abgenommen, in der sich wichtige Papiere betreffs der Pläne der Regierung, um der Streiklage in Mitteldeutschland zu begegnen, befanden. Der Angriff wurde vor der Kaserne in Erfurt gemacht, und der General wurde förmlich mißhandelt, ehe Hilfe kam; unter anderem wurden ihm die Schlüsselstücke seiner Uniform abgerissen.

Gegen Aufhebung der Blockade.

Weimar, 3. März.—Dr. Fein, Führer der bayerischen Heimpartei, hielt in der Nationalversammlung eine aufsehenerregende Rede, in welcher er gegen die Appelle, die Blockade gegen Deutschland zu heben, protestierte und Deutschland aufzuforderte, alles zu tun, was in dessen Kräften steht, um sich selbst zu ernähren. „Wissen Sie“, sagte er, „wie viel Getreide durch die Streiks verloren gegangen ist? Und dabei stehen wir am Rande des Abgrundes; Hungertod starrt uns entgegen. Ohne Zweifel werden die Spartakisten länger leben, aber alle könnten dem Leben erhalten bleiben, wenn jeder arbeiten würde. Schluß etwas Lösung vom Ausland kommt, gut. Aber laßt uns selbst etwas tun.“

Minister Bauer machte die Mitteilung, daß die Kohlenimporte baldmöglichst sozialisiert werden würden.

Begnädigung für viele Verurteilte

Washington, 3. März.—Generalstaatsanwalt Gregory hat dem Präsidenten empfohlen, Verurteilungen unter dem Spionage-Gesetz umzuwandeln, wo das Belastungsmaterial zu sehr auf Umständen beruht, um das volle Urteil der Gerichte zu rechtfertigen. Nach heute veröffentlichten Berichten würde dies mehrere Hundert Personen betreffen, die jetzt im Gefängnisse sind. Genau wie viele, konnte nicht angegeben werden. Man erwartet, daß der Präsident in allerhöchster Zeit eine Entscheidung treffen wird, wahrscheinlich ehe er wieder abreist.

Amerik. Mission kehrt zurück.

Berlin, 3. März.—Die amerikanische Militärmission, die in letzter Zeit in Schlesien weilte, um dort die von Deutschen und Polen gegenseitig geltend gemachten Ansprüche betreffs der Nationalität der Bevölkerung bestimmter Bezirke zu untersuchen, hat ihre Arbeit dort abgeschlossen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Die Kommission wird von Berlin aus direkt nach Paris weiterreisen, um dort an die Friedens-Konferenz zu berichten.

Der Rhein ein Völkerstrom?

Die Internationalisierung dieses und anderer Wasserwege.—Zug die Rhone internationalisiert?

(Aus der „Neue Züricher Zeitung“) Berlin, 23. Jan.—Der frühere Straßburger Professor Mart. Spahn bespricht im „Tag“ die Frage der Internationalisierung des Rheins und kommt, anknüpfend an Ausräumungen, welche der Pariser Geograph Vidal de Lablache in seinem 1917 erschienenen Buche: „La France de l'est“ macht, u. a. zu folgenden Bemerkungen: Man weiß, wie großen Wert die Schweiz auf die Verlängerung der Rheinschiffahrt legt, und darf deshalb darauf gekannt sein, wie sie beim Deutschen Reich schon einer freundlichen Aufnahme ihrer Wünsche begegnet war, ihr Interesse der Entente gegenüber zur Geltung bringen wird. Vielleicht hört England williger auf sie, als die um die elstische Stimmung besorgte französische Regierung. Aber noch ein anderes und in seiner Art größeres Problem bietet sich uns in diesem Zusammenhang dar. Im Pariser Friedensvertrag vor hundert Jahren war vorgesehen, daß auch noch andere Flüsse internationalisiert werden sollen. Vidal de Lablache ist sich bei der Hand, um auch die Elbe und Weichsel für eine Bewirtschaftung nicht nur durch die Uferstaaten, sondern durch einen völlig internationalen Ausschuss zu empfehlen. Wenn schon aber (was vom Standpunkt der Verkehrsentwicklung durchaus nicht abzulehnen ist) die große Straße Rhone-Rhein hergestellt wird, dann ist es natürlich mit der Internationalisierung des Rheins allein nicht getan. Der Rhein würde ja aufhören, selbständiger Verkehrsweg zu sein und nur noch ein Glied der viel längeren Straße Rhone-Rhein bilden. Es müßte ebenso die Rhone, die das ganze kombinierte Fluß- und Kanalsystem von der Mündung der Rhone bis zur Mündung des Rheins internationalisiert werden. Die Rhein-Rhone Straße würde das Mittelmeer mit der Nordsee verbinden, die Kupfrohre würde über Venedig in die Häfen Italiens und nach Barcelona geführt werden, um dort mit der englischen ganz ebenso in Wettbewerb zu treten, wie englische neben der Kupfrohre in Mannheim und Straßburg erscheinen soll. Ungelöst werden die agrarischen Erzeugnisse des Südens auf diesem Wege Deutschland, vielleicht auch den Gebieten rings um die Mitte zugeführt werden. Die Schweiz würde über Basel und Genf nach zwei Seiten hin einen für sie außerordentlich verheißungsvollen Anschluß an den Weltverkehr erhalten. Wir können uns die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit des Rhein-Rhone-Weges kaum genügend genug ausmalen. Daher ist die aufgeworfene Frage der höchsten Beachtung aller Beteiligten wert.

Nachdruck der Redaktion.—Wir wollen uns nicht in weltverkehrspolitischen Äußerungen ergoßen, so sehr das Thema Rhein-Rhone dazu verleiten mag. Was die Schweiz schon vor dem Kriege anstrebte, vor die Ausbehnung der Rheinschiffahrt vor sich zu schieben, ist der Weg der Schiffarmachung des Stromlaufes; diese Wünsche aber fanden eine Aufnahme in Deutschland, die wir beim besten Willen nicht eine freundliche nennen können. So ist es gekommen, daß die Schweiz heute Zeit und Verhältnisse für die Verlängerung der Rheinschiffahrt und ihre befriedigende internationale Regelung für günstiger betrachtet, als sie es vor dem Kriege tat.

Stellung der Deutschen in Ungarn

Sie wollen nicht aus dem ungarischen Staatsverband ausscheiden.

(Feiler Lloyd.) Die ungarländischen Deutschen—von diesseits des Königssteiges—haben einen Volksrat errichtet und brachten dies dem Nationalrat mit folgendem Beschluß zur Kenntnis:

An den ungarischen Nationalrat! Am heutigen Tage, das ist am 1. November 1918, ist der Volksrat der Deutschen (von diesseits des Königssteiges) errichtet worden. Das Programm des Volksrates ist das folgende:

1. Um jeden Preis und unter allen Umständen halten wir an der territorialen Integrität Ungarns fest.

2. Wir fordern für die vaterländischen Deutschen alle jene Rechte, die durch das neugegründete Ungarn allen anderen Volksstämmen nichtungarischer Muttersprache zugesichert werden.

3. Wir erklären indes, daß wir keine deutsche Autonomie anstreben, sondern mit der ungarischen politischen Nation auch weiter in Einheit und in der von den Vätern ererbten Treue leben wollen. Die Rechte unseres Volkes sind uns heilig, doch heilig sind uns auch jene nationalen und geistlichen Bande, die uns seit Jahrhunderten in Freud und Leid mit der ungarischen Nation verbinden.

Unsere Konstituierung haben wir am heutigen Tage dem ungarischen Nationalrat und der ungarischen Volksregierung angemeldet und gleichzeitig bekanntgegeben, daß wir uns dem ungarischen Nationalrat angeschlossen haben und die unser Volk betreffenden Fragen mit ihm gemeinschaftlich lösen wollen.

Der Volksrat der vaterländischen Deutschen: Dr. Jakob Weyer, Universitätsprofessor; Dr. Franz Boni, Sektionsrat; Dr. Johann Dengl, Professor an der Handelsakademie; Albert Karas, Gymnasialprofessor; Karl Fröhlich, Journalist.

Dieser Beschluß wurde durch eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Deputation unter Führung des Universitätsprofessors Dr. Jakob Weyer dem Ministerpräsidenten Grafen Michael Karolyi überreicht. Der Ministerpräsident antwortete auf dessen Ansprache wie folgt:

„Ihr Redner hat recht; auch ich würde die lange Zeit, die die vaterländischen Deutschen mit den Ungarn in Leid und Freud gemeinsam durchlebt haben. Es ist sehr erquickend sowohl für das Land wie für die Regierung, daß die vaterländischen Deutschen mit unsrerem Volke auch weiter befreundeten Wünschen. Bitte, meinen Dank für Ihren Anschluß entgegenzunehmen zu wollen.“

Kein dritter Termin für Herrn Wilson

Washington, 3. März.—Unter Bezugnahme auf Berichte, nach denen Präsident Wilson Mitgliedern des demokratischen Nationalkomitees, die am Freitag seine Gäste bei einem Gabelstiftung waren, erklärt haben soll, er würde eine Nominierung für einen dritten Termin als Präsident nicht annehmen, wird von: Weissen Hause aus bekannt gegeben, die Frage, ob Präsident Wilson wieder Kandidat sein werde, sei nicht berührt worden. Der Präsident habe seinen Gästen gegenüber nur gelegentlich erwähnt, er sehe sich danach, wieder an schichtlicher Arbeit zu kommen und denke daran, ein Gesichtswort zu schreiben.

Mehrere Besucher des Präsidenten hatten den Eindruck, daß er damit meine, er beabsichtige, nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit sich ins Privatleben zurückzuziehen. Nebenbei wird mitgeteilt, daß der Präsident die Opposition gegen die National-Liga tief herabsetze, in der er eine amerikanische, nicht eine Partei-Frage sehe.

6 Matrosen wegen „Graff“ verhaftet

Chicago, 3. März.—Sechs Matrosen der Great Lakes Naval Training Station sind in Haft und der Leutnant des 7. in der Leutnantenkommando. Sie waren verdächtig, von anderen Matrosen unter dem Vorwand, ihnen den Abschied zu verschaffen, Geld erlangt zu haben. Es konnte nichts bewiesen werden, doch kamen Fälle den Behörden zu Gehör, wo Urlaubs-Beispiere gefälscht worden waren. Samuel Moskowitz, von Detroit, ein Matrose zweiter Klasse, soll ein Geständnis abgelegt haben, ehe er sich aus einem Fenster des 8. Stockes des Intelligenz-Büros stürzte.

Italien wird mit sich reden lassen

Rom, 3. März.—Ministerpräsident Orlando gab in der italienischen Deputiertenkammer die Erklärung ab, daß die Regierung entschlossen sei, sich hinsichtlich der Festsetzung der Landesgrenzen auf einen Vergleich einzulassen. Er sagte, daß trotz des vor dem Kriege mit der Entente abgeschlossenen Vertrags Rime mit seiner italienischen Bevölkerung wird aufgegeben werden müssen.

garns fest.

2. Wir fordern für die vaterländischen Deutschen alle jene Rechte, die durch das neugegründete Ungarn allen anderen Volksstämmen nichtungarischer Muttersprache zugesichert werden.

3. Wir erklären indes, daß wir keine deutsche Autonomie anstreben, sondern mit der ungarischen politischen Nation auch weiter in Einheit und in der von den Vätern ererbten Treue leben wollen.

Die Rechte unseres Volkes sind uns heilig, doch heilig sind uns auch jene nationalen und geistlichen Bande, die uns seit Jahrhunderten in Freud und Leid mit der ungarischen Nation verbinden.

Unsere Konstituierung haben wir am heutigen Tage dem ungarischen Nationalrat und der ungarischen Volksregierung angemeldet und gleichzeitig bekanntgegeben, daß wir uns dem ungarischen Nationalrat angeschlossen haben und die unser Volk betreffenden Fragen mit ihm gemeinschaftlich lösen wollen.

Der Volksrat der vaterländischen Deutschen: Dr. Jakob Weyer, Universitätsprofessor; Dr. Franz Boni, Sektionsrat; Dr. Johann Dengl, Professor an der Handelsakademie; Albert Karas, Gymnasialprofessor; Karl Fröhlich, Journalist.

Dieser Beschluß wurde durch eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Deputation unter Führung des Universitätsprofessors Dr. Jakob Weyer dem Ministerpräsidenten Grafen Michael Karolyi überreicht. Der Ministerpräsident antwortete auf dessen Ansprache wie folgt:

„Ihr Redner hat recht; auch ich würde die lange Zeit, die die vaterländischen Deutschen mit den Ungarn in Leid und Freud gemeinsam durchlebt haben. Es ist sehr erquickend sowohl für das Land wie für die Regierung, daß die vaterländischen Deutschen mit unsrerem Volke auch weiter befreundeten Wünschen. Bitte, meinen Dank für Ihren Anschluß entgegenzunehmen zu wollen.“

\$2,500,000,000 für Kriegskontrakte

Washington, 3. März.—Der Präsident machte heute das Gesetz für Bezählung informeller Kriegskontrakte im Betrage von \$2,500,000,000 durch seine Unterschrift rechtskräftig. Man hatte den Bezug in der Bezählung als eine Ursache der bestehenden Geschäftslage angesehen. Diese Unterschrift wird auf der Veranlassung der Gouverneure und Mayors als ein Bestreben der Regierung bekannt gemacht werden, die Geschäftslage sofort zu erleichtern. Der Präsident unterschrieb ferner die Fluß- und Hafenbill, die sich auf \$33,000,000 beläuft.

Kein Bier, keine Arbeit

Trenton, N. J., 3. März.—Die Central Labor Union, die 7000 Mitglieder in Mercer County hat, instruierte, wie heute hier verlautet, ihre Delegaten zur Staats Labor Convention in Newark am 16. März für den Vorschlag der Abstimmung: „Kein Bier, keine Arbeit“ zu stimmen.

Grenz-Universitäten sind unversöhnlich

Paris, 3. März.—Die deutschen Universitäten Heidelberg und Leipzig haben sich in einem Schreiben an sämtliche französischen Universitäten gewandt und diese ersucht, die Beziehungen zwischen den Universitäten, wie sie vor dem Kriege bestanden hatten, wieder herzustellen. Von der Universität in Bordeaux ist ihnen folgende Antwort zugegangen: „Bitte machen Sie einen kurzen Besuch in den verheereten Gebieten Nordfrankreichs. Teilen Sie uns nach Ihrer Rückkehr von dort mit, wie lange Sie warten würden, die Beziehungen mit einem Volke wieder aufzunehmen, das ähnliche Taten in Ihrem Lande begangen hätte. Die Generation, die solche Ungehörlichkeiten beging, hat alle Beziehungen mit der Menschheit abgeschnitten. Vielleicht werden wir mit der nächsten Generation die Beziehungen wieder aufnehmen.“

Spirituosenhändler in Koblenz bestraft

Koblenz, 3. März.—Mathias Scheid und Jakob Ring, zwei reiche Spirituosenhändler in Koblenz, die angeklagt wurden, Brandy in das von Amerikanern okkupierte Gebiet unter Angabe falscher Zafschens gebracht zu haben, wurden je zu sechs Monaten Haft und 100,000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Prozeß dauerte vier Tage.

Waffenruhe der Polen und Ukrainer zu Ende

Warschau, 3. März.—Die Verhandlungen der Gefandtschaft der Alliierten mit den Polen und Ukrainern wurden abgebrochen, weil es sich als unmöglich herausstellte, eine Scheideweg zwischen den polnischen Truppen und denen der Ukrainer festzusetzen. Man fürchtet hier, daß der Kampf zwischen den beiden von neuem wieder ausbrechen werde. Die Gefandtschaft der Alliierten wird morgen hier erwartet.

Hohe Preise können nicht bleiben.

Philadelphia, 3. März.—S. Gordon Selridge schreibt an das Philadelphia Neugießerei-Bureau von London: „Ich kann nicht einsehen, wie die hohen Preise halten können. Die größte Anzahl der Fabriken sind wieder im Gang und werden wohl die große Mehrzahl der Fabriken ihren alten gemittelten Lauf haben. Die Löhne und Saläre sind zwar während des Krieges abnorm in die Höhe gegangen, doch kann auch der hohe Lohn nur so lange gehalten werden, als die Geschäftslage es bedingt. Es ist richtig, daß das Rohmaterial während des Krieges rar und hoch im Preise war, so wird der Preis sich nicht lange mehr auf der Höhe halten können. Sobald die Fabriken sich wieder den Anforderungen der Friedensindustrie anpassen, werden die Preise aller Rohstoffe wieder in normalen Geleisen sich bewegen. Die Löhne werden sich den neuen Bedingungen anpassen müssen.“

Der „drüben“ nicht gedient hat, sollte seine Einkommensteuer zahlen.

Die Militär- und Marinebedingungen

Von dem deutschen Heer und der Marine wird wenig oder nichts übrig bleiben; Marschall Foch legt seinen Plan vor

Baldige Ermäßigung der Blockade in Aussicht

Paris, 3. März.—Der Oberste Kriegsrat beschäftigt sich heute mit den Deutschland aufzuerlegenden Vorfriedensbedingungen. Gleichzeitig wurden die Bedingungen besprochen, unter welchen die Blockade gegen Deutschland teilweise gehoben werden soll. Diese Bedingungen sollen gleich nach dem Eintreffen des Präsidenten Wilson, Lloyd Georges und des italienischen Ministerpräsidenten Orlando in Kraft treten. Die separaten Friedensbedingungen werden jedenfalls anfangs nächsten Monats vervollständigt sein, worauf Einzelheiten der Friedensverträge mit Österreich, Bulgarien und der Türkei besprochen werden. Die militärischen und Marinebedingungen, die in dem Vorfriedensvertrag enthalten sind, werden Deutschland absolut ohnmächtig zur Schlichtung machen. So wurde heute aus autoritativen Quellen vernommen. Der am Samstag von Marschall Foch unterbreitete Bericht soll die Zerstörung allen deutschen Kriegsmaterials empfehlen, außer jener Waffen, die die paar Divisionen zur Ausübung des Polizeidienstes haben müssen. Alle deutschen Munitionsfabriken werden auch der Kontrolle der Alliierten unterstellt werden.

Alles, was, nach von der deutschen Flotte übrig geblieben ist, wird den Alliierten übergeben werden. Unter diesen Schiffen befinden sich die Schlachtschiffe Oldenburg, Thüringen, Ostfriesland, Helgoland, Rügen, Westfalen, Rheingold und Rastau, sowie die kleinen Kreuzer Billow, Grandens, Regensburg, Straßburg, Straßburg, Augsburg, Kolberg und Stuttgart, 42 moderne Zerstörer und 50 moderne Torpedobote.

Eine Grenz-Kommission.

Zur Beschleunigung der Festlegung der künftigen Grenzen der feindlichen Länder hat sich der Oberste Alliiertenrat entschlossen, eine aus je einem Vertreter der fünf Großmächte Ver. Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan bestehende Kommission einzusetzen, die jene Grenzen auf Grund bereits vorliegender Vorarbeiten besonderer Kommissionen entwerfen und dann der Konferenz zur Begutachtung vorlegen soll.

Der Unterausschuss, dem die Frage der internationalen Verwaltung von Säfen, Wasserwegen und Eisenbahnen zur Bearbeitung übergeben ist, beriet am Samstag französische und britische Vorschläge dieses Kontrollen der Freizügigkeit. Diese Beratungen sollen in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Der Präsident wird Inseln empfangen

Washington, 3. März.—Präsident Wilson hat sich bereit erklärt, am Dienstag in New York nach seiner Rede eine Abordnung der kirchlich in Philadelphia, Pa., abgehaltenen irischen Konvention zu empfangen, die ihm ihre Wünsche betreffs Selbstbestimmungsrechts für Irland vorzulegen wünscht. Seine Abordnung des irischen Konvents in Philadelphia ersuchte am Samstag den Kongress, vor seinem Auseinandergehen am nächsten Dienstag sich über die Frage der Selbstbestimmung Irlands zu äußern. Der Geschäftsbüro-Ausschuss des Repräsentantenhauses beschloß darauf, einen Antrag einzubringen, daß einer Resolution der Vorrang gegeben werden solle, in der die amerikanischen Bevollmächtigten ersucht werden sollen, in der Friedens-Konferenz für Irland einzutreten. Zu der Abordnung gehörte auch der frühere Gouverneur Dunne von Illinois.

„Victory“-Anleihe vom Senate bewilligt

Washington, 3. März.—Der 65. Kongress wird morgen seine letzte Sitzung halten. Der Senat blieb heute Nacht bei der Arbeit und vertagte sich erst 7 Uhr morgens am Sonntag. Aber die Victory Anleihe war doch vom Senate vor seiner Vertagung bewilligt worden. Senator Caffery, der von 1 bis 4 Uhr gesprochen hatte, hatte nicht die Absicht, die Passage damit zu verzögern. Versuche, die Bill zu amendieren, schlugen fehl. Ein Versuch, die Bignette Roosevelt für die neuen Bonds zu sichern und ein anderer gegen erzwungenen Ankauf der Bonds wurde geschlagen.

Die meisten Sensoren waren zu Gunsten einer Erhöhung, aber gab den sich zufrieden, als es offenbar wurde, daß die Anleihebill durchgehen würde. Die Leiter der Administrations-Partei scheinen ebenfalls damit zufrieden zu sein, obwohl die Bewilligung für die Marine sowohl wie die für die Armee sehr fraglich erscheint. Beide werden deshalb wohl nicht so wichtig sein, wie es anfangs schien.

Führer der Suffragisten geben zu, daß so gut wie keine Aussicht vorhanden ist, ihre Bill wieder vor den Senat, in dieser Sitzung, zu bringen.

Die Anleihe Bill autorisiert die Ausgabe von \$7,000,000,000 neuer kurzfristige r Schatzamts- r Schulden und \$1,000,000,000 für Vorschüsse der Kriegs-Finanz-Korporation zur Ausbehnung amerikanischer Auslandshandels.

Jeder vertmundete Soldat sollte sich daran erinnern, daß die Einkommensteuer fällig ist.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Regen heute abend, der sich in Schnee verwandelt und viel kälter, mit kalter Welle, Dienstag schön und kälter. Für Nebraska — Unbestimmtes u. viel kälteres Wetter heute abend; wahrscheinlich Regen, der sich in Schnee verwandelt im nördlichen östlichen Teile; kalte Welle bis Dienstag morgen. Dienstag allgemein schön und kälter. Temperatur unter Gefrierpunkt im westlichen Teile und nahe dem Gefrierpunkt im östlichen Teile. Für Iowa — Regen heute abend, der sich in Schnee verwandelt und viel kälter in östlichen und zentralen Teilen. Dienstag schön und viel kälter, mit Schneegestöber in östlichen und südlichen Teilen. Kalte Welle bei Nacht.